

Stupa-Sitzung vom 19.06.2001

Als Anlage: AStA Haushaltsplan 2001, AStA Haushaltsplan 2000, Anwesenheitsliste, Protokolle fzs-MV und LAK.

TOP-1: Fragestunde der Öffentlichkeit

Nach Beginn der StuPa-Sitzung um 19.30 Uhr erkundigte sich Christian Buggle, ob der UStA Plakate vom "Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit" (BPM) bekommen hat und ob man im UStA plane, diese öffentlich und gut sichtbar aufzuhängen.

Oliver Brdiczka (OB) antwortete, daß das geschehen würde, wenn sie eintreffen.

Ingo Schwarze (IS) merkte an, daß der UStA am letzten Montag (11.06.2001) nicht besetzt war und erkundigte sich nach dem Grund dafür.

OB stellte ein Kommunikationsproblem fest, da es zwei Interessenten gäbe, die an dem ersten Montag im Monat den Dienst übernehmen wollten, was leider zur Nichtbesetzung führte. Er versicherte, daß es sich um einen Einzelfall handelte.

TOP-2: Feststellung der Beschlußfähigkeit

Mit der Anwesenheit von achtzehn (18) StuPa-Mitgliedern wurde die Beschlußfähigkeit festgestellt. Die Anwesenheitsliste ist als Anlage beigelegt.

TOP-3: Genehmigung der Tagesordnung

Es wurde beantragt, den Haushaltsplan des AStA als TOP 6a) zusätzliche zum Haushaltsplan des UStA einzuführen. Für den AStA-Haushaltsplan existiert eine Tischvorlage (beigelegt, Haushaltsplan für 2000 und für 2001). Dies wurde per Akklamation angenommen.

TOP-4: Genehmigung ausstehender Protokolle

Das Protokoll vom 23.4. wird in der nächsten Sitzung nachgereicht, das vom 5.6. existiert momentan nur handschriftlich und soll die nächste Woche eingereicht werden.

Der RCDS beantragte und bekam genehmigt eine von 19.37 bis 19.42 dauernde Fraktionspause.

TOP-5: Berichte

CB berichtete, daß um 16 Uhr im Mensafoyer eine allmax.de-Mitarbeiterin viele auffällige Plakate an die Eingangstüren, die Säulen, teilweise die Wände und die Food Coop -Verkaufstheke geklebt hat. Darauf angesprochen setzte sie sich mit ihrem Vorgesetzten in Verbindung. Beide waren in Unkenntnis der Tatsache, daß man eine Genehmigung benötigt, stellten aber klar, daß sie sich beim Rektor und Studentenwerk entschuldigen würden und nach Genehmigung fragen würden. CB fragte den UStA, ob er sich für die Einhaltung der Plakatordnung

einsetzen würde. OB bejahte das und ergänzte, daß man auch das StuWe darauf hinweisen würde und versuchen wollte, die Reinigungskosten in Rechnung stellen zu lassen.

Martin Hörig (MH) berichtete nun ausführlich anhand der beigelegten Protokolle über die LAK in Stuttgart-Hohenheim, die fzs-MV in Bielefeld und das Treffen vom DAAD.

LAK Stuttgart-Hohenheim

Hier wurden

- das Sozialinfo
- die Satzung
- die LAK-Homepage

besprochen. MH ging bezüglich der Satzung auch darauf ein, daß jetzt ein Televotum möglich sein sollte, wo CB anmerkte, daß er dies kritisch sehe, da die Anwesenheitsmoral weiter leide.

MH merkte an, daß die FHs eh nicht anwesend seien. CB entgegnete, daß Änderungsvorschläge zur Sitzungslaufzeit aber schwierig wären, wenn die Teilnehmer nicht da wären. Darauf sagte MH, es sei egal ob Tübingen oder Heidelberg anwesend seien, da sie eh einen festen Auftrag mandatiert bekommen und ihr Abstimmungsverhalten eh nicht zur Laufzeit ändern könnten. Grundsätzlich hält auch MH ein Televotum für unschön.

Für die LAK-Homepage wurde ein symbolischer Beitrag beantragt. Außerdem wurde Minister Frankenberg eingeladen.

Es gab auf der LAK keine Diskussion über den Landeslehrpreis.

fzs-MV in Bielefeld

Im AK Sozialpolitik wurde ein bundesweites Sozialinfo angeregt und die Anhebung der Hiwi-Gehälter sowie deren Eingliederung in den Beamten-Tarifvertrag. Der AK Politisches Mandat behandelte eine Broschüre über Burschenschaften, die erstellt werden sollte, vom AStA Bremen ausgehend.

In der Reformkommission wurde schließlich die Reform knapp verabschiedet, die Karlsruher Delegation hat dafür gestimmt und will abwarten, wie sich die Situation weiter entwickelt.

Im AK Studienplatztausch wurde das "ständige Fehlen" des Karlsruher Repräsentanten David Fulminieux gerügt, welches laut IS auf seine Überlastung zurückzuführen ist.

weitere Berichte

Es gab von CB einen Bericht über den DAAD, von CC wurde über das Ersti-Info berichtet. Die Hochschulgruppen wurden aufgefordert, bis zum 10. Juli eine Selbstdarstellung abzuliefern. OB berichtete vom der MV des Wohnheim e.V., auf der man sich auf die Seite der Studenten einigte. Eine Abstimmung fand aber nicht statt. Die Studentenseite war zufrieden; eine leider nötige Mieterhöhung wurde angenommen.

RB berichtete über die Umwidmung von Professuren und die Umbenennung des Hochschulrats in "Universitätsrat". Ein Numerus Clausus wird für die Informatik eingeführt. Dies soll endlich auf der Homepage veröffentlicht werden.

Über die studentischen Bewerber in der Studienrichtung Bioingenieurwesen wird in diesem Jahr weiterhin über die Kombination eines Motivations Schreibens mit der Abiturnote entschieden.

Weiterhin wurde berichtet, daß Leitlinien zur Repräsentation der Universität entworfen werden sollten. Im übrigen wollte sich die GAL Themenvorschläge zur Kommission "Lebensraum" der Uni überlegen. Es wurde von CB festgestellt, daß die Studierenden, die Universitätsverwaltung und der UStA den autofreien Campustag nicht wahrgenommen haben, was der UStA nächstes Jahr ändern will (indem darauf frühzeitig hingewiesen wird).

RB berichtete weiter, daß der Informatik-Studiengang auch im Spiegel - als nicht zulassungsbeschränkt - aufgeführt war. Darmstadt ist nun die nächste NC-freie Universität. Eine sofortige Informierung der bis jetzt angemeldeten Informatiker soll stattfinden.

Weiterhin soll das Institut für Regionalwissenschaft teilweise in die Bauingenieur-Fakultät eingegliedert werden.

Die Problematik einer eventuellen Gebührenerhöhung für das Sprachenzentrum wurde angesprochen, für genauer Informationen verweise ich auf das Protokoll der nachfolgenden StuPa-Sitzung.

TOP-6: UStA-Finanzierung: Sachstandsbericht zu Finanzangelegenheiten und UStA-Winterfest

Es wurde festgestellt, daß De-In Chang und Michael Küsel sich an zwei Tagen verabredet haben. Problematisch ist der Zeitmangel von Seiten Simons, der sich nicht mehr um die endgültigen Details der Abrechnung des letzten UStA-Sommerfestes kümmern kann. Das UStA-Präsidium wird versuchen, Simon freundlich auf die Dringlichkeit der Abrechnung hinzuweisen.

TOP-6a: AStA-Finanzierung

Die Mittel für den AStA dieses Jahr sind um circa 5 Prozent gesunken. Zum Einnahmesoll wurde angedacht, daß der UStA sich informieren soll und es eventuell rückgängig machen soll. Folgend eine detaillierte Erklärung der einzelnen Rechnungsposten von OB. Da die Mittel des Minderheitenreferats stark gekürzt wurden, stellte OB fest, daß im Falle eines Freiwilligen dafür Geld zur Verfügung gestellt würde. Über den Haushaltsplan wurde dann abgestimmt bei 13 Ja-, 0 Neinstimmen und einer Enthaltung.

TOP-7: siehe Anlage - Antrag der GAL zur finanziellen Förderung der Arbeit der im StuPa vertretenen politischen Hochschulgruppen

Der Antrag wurde auf der UStA-Sitzung prinzipiell abgelehnt, weil der UStA finanziell nicht in der Lage gewesen sei, den Antrag zu finanzieren, sich die Frage stellt, wie man dieses den Fachschaften vermitteln sollte und die Befürchtung mangelnder Transparenz ("Geklügel"), so Daniel Jungmann. Darauf sagte

CP, der Mißbrauch sei durch die Begrenzung auf einzelne Sitze und die nötige Rechnung eingedämmt. CS erwähnte, daß im Umag kostenlos eine Seite zur Verfügung gestellt würde¹. CB erwähnte, daß die zu erwartenden 2500 DM Belastung vom UStA zu tragen sein dürfte, wandte sich aber gegen die Bevorzugung derjenigen Gruppen, die schon im StuPa sitzen. NvR wandte sich gegen die geplante Entscheidungsmacht des StuPa-Präsidiums. CP stimmte den Bedenken prinzipiell zu, wies aber auf die Notwendigkeit einer Finanzierung hin. Viele Redner wiesen weiterhin auf die Mißbrauchsmöglichkeit hin. IS schlug vor, die Fachschaftenkoordination über die Höhe der Gelder entscheiden zu lassen, um eine unabhängige Kontrolle zu gewährleisten. NvR erwähnte, es gäbe doch eigentlich genug Möglichkeiten Geld zu bekommen, während OB auf die Ungerechtigkeit gegenüber anderen Hochschulgruppen hinwies. Es wurde kurz angedacht, bei Geldmangel doch einen Arbeitskreis zu gründen, der die Möglichkeit hat, sich mit 1000 DM vom UStA fördern zu lassen. IS stellte klar, daß ein Fachschaftsgespräch sinnvoll sei, die endgültige Entscheidung solle dann in Zusammenhang mit der Haushaltsbesprechung folgen. Wenn der Antrag von der GAL zurückgezogen wird, dann nur zur Klärung.

Um 23.05 bis 23.10 fand eine Fraktionspause der GAL statt, unmittelbar anschließend bis 23.15 eine der LHG.

Die GAL zog daraufhin den Antrag zurück, dafür wurde ein von IS formulierter Antrag eingebracht (siehe Anhang), der mit 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt wurde.

TOP-8: Anregung des GAL zur regelmäßigen Information des StuPa über die Öffentlichkeitsarbeit des UStA

CaS bat den UStA, Pressemitteilungen auch in der endgültigen Form direkt an den StuPa-Verteiler zu schicken. Der UStA will dieser Bitte in Zukunft entsprechen.

TOP-8: Sonstiges

Die nächste StuPa-Sitzung findet statt am 3. Juli. Eine Einladung des Vertreters des Sprachenzentrums soll für 20 Uhr erfolgen. IS bat darum, Berichte in Zukunft zusammengefaßt abzugeben.

¹im Verlauf der Diskussion nach der Stupasitzung wurde klargestellt, daß es sich dabei um die Wahlausgabe des Umags und nicht um einzelne Ausgaben handelt.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Name
BPM	Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit
CB	Christian Buggle
OB	Oliver Brdiczka
IS	Ingo Schwarze
MH	Martin Hörig
LAK	Landes-ASten-Konferenz
fzs	Freier Zusammenschluß der StudentInnenschaften
MV	Mitgliederversammlung
DAAD	Deutscher Akademischer Auslandsdienst
FH	Fachhochschule
AK	Arbeitskreis
CC	Christoph Caspritz
e.V.	eingetragener Verein
RB	Reinhard Brandl
GAL	Grüne Alternative Liste
NC	Numerus Clausus
CP	Christoph Peters
CS	Christian Schenzel
NvR	Niels von Remmerden
CaS	Carsten Schleh
HSG	Hochschulgruppe

Antrag von IS

Das StuPa stellt fest, dass vor einer eventuellen Beschlussfassung noch sowohl grundsätzlich Fragen als auch Details zu Organisation und Kontrolle zu klären sind. Es hält die Anregung, eine finanzielle Unterstützung politischer Arbeit von HSG einzuführen, aber für grundsätzlich erwägenswert und bittet die Antragsteller, falls das Interesse weiterhin besteht, die Frage mit den Fachschaften zu diskutieren.